Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 14.12.2006 um 18.20 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

SPD-Stadtratsfraktion:
2. Bgmin. Gold
Stadtrat Dr. Kröckel (für Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene)
Stadtrat Heisel

CSU-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Weiglein
Stadtrat Schardt (ohne Ziffer 6)
Bgm. Böhm

UsW-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Müller
Stadträtin Richter (für Stadtrat Schmidt) ohne Ziffer 5, 6
Stadtrat May

FW-Stadtratsfraktion:
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:
Stadtrat Popp

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Berichterstatter: Amtsrat Hartner (bis Ziffer 2)
Dipl.-Ing. Lepelmann
Rechtsrätin Schmöger
Dipl. – Ing. Rützel (Ziffer 2)
Herr Kruckow, (Ziffer 2)
Dipl. – Ing. Richter

Protokollführer: Verwaltungsfachangestellter Müller

Als Gäste: Stadträtin Wachter
Stadtrat Konrad (bis 19.55 Uhr)

Entschuldigt fehlten: Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene
Stadtrat Schmidt

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig.

1. Änderung der "Gebührenordnung für die Sportanlagen der Stadt Kitzingen" ab 2007 durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer

A. Amtsrat Hartner geht auf den Sachverhalt ein und weist darauf hin, dass aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung ab dem 01.01.2007 auch die Gebührenordnung für Sportanlagen angepasst werden sollte. Die Gebühr sollte dahingehend festgelegt werden, dass bei weiteren Mehrwertsteuererhöhungen nicht sofort wieder die Gebührenordnung geändert werde müsste (sog. geglättete Mehrwertsteuergebühr).
Stadtrat May als Sportreferent spricht sich für die Alternative 1 aus, da die Zuschüsse der Vereine in gleicher Weise gekürzt wurden.

B. **Mit 12 : 0 Stimmen**

Mit Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes ab 01.01.2007 von 16 % auf 19 % werden die Gebühren für die Nutzung der Sportstätten der Stadt Kitzingen gemäß der anliegenden Aufstellung auf Netto-Gebühren umgestellt und dann gerundet gemäß Alternative 1, die Gebührenordnung erhält folgenden neuen Schlusssatz:

„Diese Gebührenordnung tritt am 01.01.2007 in Kraft, alle genannten Gebühren sind Nettobeträge und gelten zuzüglich der jeweils gesetzlich festgesetzten Mehrwertsteuer (ab 01.01.2007 sind dies derzeit 19 %). “

Die Gebührenordnung vom 01. Januar 2002 tritt damit außer Kraft.

2. Generalinstandsetzung
D.-Paul-Eber-Hauptschule in Kitzingen

A. Eingangs geht Dipl. – Ing. Lepelmann darauf ein, welche Aufgaben vor der Generalsanierung der D.-Paul-Eber-Schule getätigt werden müssen. Entgegen der ersten Planung sollen die Leistungsphasen 5 – 8 nun doch an ein Architektenbüro vergeben werden. Abschließend weist er darauf hin, dass sich die Gesamtmaßnahme auf 4,2 Mio. € beziffern werde.
Im Folgenden gehen Dipl. – Ing. Rützel und Herr Kruckow anhand verschiedener Folien auf die derzeitige Planung ein und stellen dar, wie sich die Raumaufteilung in den einzelnen Stockwerken verändern werde.
Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist hinsichtlich der Kosten und der Finanzierung darauf hin, dass sich die Gesamtmaßnahme von 3,2 Mio. € auf 4,2 Mio. € erhöht hat, nun aber in Teilbereichen auch 50 % anstatt der bislang gedachten 35 % der förderfähigen Kosten bezuschusst werden, so dass gehofft werden darf, die Eigenmittel trotz der Erhöhung die 2,2 Mio. € nicht erheblich überschreiten. Voraussetzung sei aber, dass die Maßnahme bis 2008 abgeschlossen sei, wovon man nach derzeitigem Kenntnisstand ausgehe.
Stadtrat Müller schlägt aufgrund der Problematik hinsichtlich der Flachdächer vor, eine leichte Dachschräge auf die D.-Paul-Eber-Schule zu setzen und das Dach mit Ziegeln einzudecken und fragt nach, ob dies bereits in den Planungen alternativ berücksichtigt wurde.
Dipl. – Ing. Rützel weist darauf hin, dass derzeit die Grundrissfläche für ein Flachdach ausgelegt sei und die Kosten für einen Dachstuhl mit Eindeckung seiner Auffassung nach deutlich höher seien. Er sagt jedoch zu, dies in den Planungen alternativ zu berücksichtigen. Weiter bittet Stadtrat Müller die alternative Ausschreibung von Kunststofffenstern, entgegen der bereits eingeplanten Holz-Alu Fenster.
Dipl. – Ing. Rützel sagt dies ebenfalls zu.
Stadtrat Müller fragt bezüglich der Auslagerung des Schulbetriebes in die Marshall Heights nach, mit welchen Kosten dann zu rechnen sei.

Dipl. – Ing. Rützel weist darauf hin, dass die Mehrkosten gegenüber dem jetzigen Betrieb bei ca. 30.000,00 € liegen.

B. **Mit 12 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Die D.-Paul-Eber-Hauptschule in Kitzingen wird nach der Eingabeplanung der Hochbauabteilung vom 26.11.2006 generalinstand gesetzt.

3. Die Verwaltung wird beauftragt die Zuschussanträge bei der Regierung von Unterfranken einzureichen.

4. Die Bearbeitung der Leistungsphasen 5 – 8 wird an ein Architekturbüro vergeben und für die Tragwerksplanung wird ein Statikbüro beauftragt.

5. Die Mittel in Höhe von ca. 4.200.000,00 € werden bei HH-Stelle 1.2121.9451 bereitgestellt.

6. Die aufgelisteten Baustandards werden zur Kenntnis genommen und genehmigt. Für die Punkte 3 (Dach) und 9 (Fenster) sind Alternativvorschläge zu erarbeiten.

3. Nordtangente BA I - Sachstandsbericht

A. Dipl. – Ing. Richter geht ausführlich auf den Sachstandsbereicht der Maßnahme „Nordtangente BA I“ ein und stellt fest, dass es bislang – auch aufgrund der günstiger Witterung – sehr gut verlaufen sei. Er stellt dar, welche Maßnahmen bereit abgeschlossen wurden und welche Arbeiten noch anstehen.
Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer geht im Folgenden auf die Zuschusssituation ein. Er weist darauf hin, dass die Regierung von Unterfranken die Zuschussunterlagen geprüft und an die Oberste Baubehörde weitergeleitet habe. Die Stadt Kitzingen wurde lt. telefonischer Auskunft ins Förderprogramm 2006 aufgenommen und werde im Januar 2007 den Zuschussbescheid bekommen. Nach derzeitigem Kenntnisstand bekomme die Stadt Kitzingen den höchsten Fördersatz. Wie sich dies kostenmäßig auswirke, werde man erst nach Zugang des Bescheides sehen.
Stadtrat Müller fragt bezüglich der Schäden an einem 120 m entfernten Haus nach, ob diese von den aktuellen Bauarbeiten rühren oder ob sie früheren Zeitpunkts seien.
Dipl. – Ing. Richter weist darauf hin, dass aufgrund des Gutachtens die Schäden nicht von den aktuellen Arbeiten stammen und eine Prüfung ergeben habe, dass die Schwingungen im Toleranzbereich liegen. Er gibt aber zu Bedenken, dass auch dort ein Schacht sein könnte, der nicht bekannt sei und somit bei den Schwingungen die Auswirkungen auf das Haus anders ausfallen könnten.
Stadtrat Müller bittet, dass dies nochmals genau geprüft werde.

B. **Ohne Abstimmung**

Vom Sachstandsbericht des Stadtbauamtes wird wohlwollend Kenntnis genommen.

4. Sanierung Zulaufkanal – PW 401 Etwashausen; Kanalsanierungsarbeiten 2006/2007

A. Dipl. – Ing. Lepelmann geht auf den Sachverhalt ein. Nachdem die erste Maßnahme nicht geklappt hat (Problem: Muffen) sei eine Sanierung des PW 401 die Sinnvollste

Lösung. Er weist darauf hin, dass sich schlechtestenfalls die Kosten auf 300.000,00 € beziffern könnten.

B. **Mit 12 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag des Stadtbauamtes wird Kenntnis genommen.

2. Für die Wahl einer alternativen Sanierung ist ein Fachbüro einzuschalten.

3. Die erforderlichen Mittel im Haushalt 2007 bei HSt. 1.7000.9501 einzustellen.

5. Schaden am Kanal Oberer Fuchsgraben – Sanierung 2007

Mit 11 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag des Stadtbauamtes wird Kenntnis genommen.

2. Das Kanalteilstück im Bereich der Privatgrundstücke Flurnummern 2666, 2666/1, 2666/3, 2667 und 2666/8 soll durch einen „Inliner“ saniert werden.
   Die voraussichtlichen Kosten betragen rd. 45.000,00 €

3. Die erforderlichen Mittel sind im Haushalt 2007 bei HSt. 1.7102.9501 einzustellen.

6. Zuschlagserteilung für die Herstellung und den
Unterhalt der Kanalhausanschlüsse im Jahre 2007
(Stadtrat Schardt ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich).

Mit 10 : 0 Stimmen

Die Firma Hanika, Ochsenfurt, erhält auf der Grundlage ihres Angebotes als preisgünstigster Bieter der beschränkten Ausschreibung vom 12.12.2006 den Zuschlag zur Ausführung der Kanalhausanschlüsse im Jahre 2007.

7. Umgestaltung des Bahnhofsumfelds, mit Busbahnhof, P + R-Anlage und Vorplatz
Vergabe der Genehmigungs-/Zuschussplanung

A. Dipl. – Ing. Lepelmann geht ausführlich auf den Sachvortrag ein und weist darauf hin, dass die Umgestaltung dieses Bereiches aufgrund des ISEK sowie der Kleinen Gartenschau 2011 äußerst sinnvoll sei.
Stadtrat Schardt als Stadtentwicklungsreferent erklärt, dass für eine Anbindung an den VGN sowie einer Umsetzung des ISEK die Umgestaltung des Umbahnhofsumfeldes unerlässlich sei. Er freut sich, dass es nun angegangen werde und stimmt dem Vorhaben zu.
Stadtrat Popp gibt zu Bedenken, dass man mit dem Bahnhofsumfeld für Natur in der Stadt werbe, jedoch mit der Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen Grünflächen versiegle.
Stadtrat Müller gibt zu Bedenken, dass man aufgrund möglicher Zuschüsse von Stadtumbau-West nicht in Aktionismus verfallen sollte. Seiner Auffassung nach, sollte man sich erst Gedanken machen, was die Stadt dort genau wolle, wobei man ebenfalls die Bürger ins Boot holen müsse. Mit diesen Maßgaben könne man eine Planung beginnen.

Stadtrat Müller bittet, dass frühere Planungen hier ebenfalls berücksichtigt werden und möchte die bislang hierfür angefallenen Kosten wissen.
Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass für diesen Bereich bislang kein Planungsauftrag vergeben wurde und somit auch keine Kosten angefallen seien.
Dipl. – Ing. Lepelmann weist darauf hin, dass die Flächen im städtischen Eigentum problemlos angegangen werden können. Je nach Verhandlungsstand mit der Bahn sowie mit den weiteren Grundstückseigentümer (bzw. Pächtern) könne man ebenfalls die Planung für das P+R Gelände (Friedenstraße) angehen. Bezüglich der Bürgerbeteiligung weist er darauf hin, dass bei weiterem Planungsverlauf eine Bürgerbeteiligung auch unter Einbindung von Fachbehörden stattfinden werde.
Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass man bei der Überplanung dieses Bereiches auf verschieden Zwangspunkte (Bahnhof, Schulzentrum usw.) zu achten habe. Man könne sich nur über die vorliegende Situation Gedanken machen, was mit diesem Auftrag nun sinnvoll umgesetzt werde.
Im Folgenden diskutieren die Stadträte kurz über Umgestaltung des Bahnhofsplatzes und sind grundsätzlich für die Verschönerung des Bereichs kommen jedoch mit der Vorgehensweise nicht überein.
Stadträtin Wallrapp stellt fest, dass bereits im Jahr 2004 ein Beschluss für einen Planungsauftrages in diesen Bereich mehrheitlich beschlossen wurde. Sie möchte wissen, weshalb dieser Beschluss nicht umgesetzt wurde.
Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen 2005, durch das Verschieben der Kanalmaßnahme Friedrich-Ebert-Straße, der Beschluss keine Wirkung mehr hatte.
Rechtsrätin Schmöger erklärt, dass allein durch den Beschluss der Auftrag nicht vergeben wurde, sondern zur Umsetzung des Beschlusses ein Akt des Oberbürgermeisters (Auftragsvergabe) nötig gewesen wäre.
Stadtrat Müller bittet, dass aufgrund einer möglichen Änderung bzgl. P+R einen geänderten Beschlussentwurf zum Stadtrat am 21.12.2006 vorzulegen.
Oberbürgermeister Moser sagt dies zu.

B. **Ohne Abstimmung**

Oberbürgermeister Moser gibt die Angelegenheit zur Beratung in die Fraktionen und Gruppen.

8. Städtebauförderung/Stadtumbau West
Umgestaltung des Mainkais BA II (Synagoge – Alte Mainbrücke)
BA III (Alte Mainbrücke – Ruderhaus)
Auftragsvergabe/Planungsleistungen

A. Dipl. – Ing. Lepelmann geht ausführlich auf den Sachverhalt ein und schlägt vor, den Auftrag zur Umgestaltung des Mainkais – auch unter den Gesichtspunkt des ISEK – an das Büro arc.grün zu vergeben.
Stadtrat Schardt als Stadtentwicklungsreferent spricht sich für die Umgestaltung des genannten Bereichs aus.
Stadtrat May bittet um Aufnahme im Beschlussentwurf, dass die Kosten nicht an die Anlieger umgelegt werden.
Oberbürgermeister Moser sagt zu, dass dies im Protokoll festgehalten werde, worauf Dipl. – Ing. Lepelmann hinweist, dass es sich um Öffentliches Grüngut handle, wo die Kosten nicht umgelegt werden.
Stadtrat Müller fragt bezüglich des Mainausbaus nach, ob beispielsweise die Anlegestelle bei der Planung des Mainkais berücksichtigt werde.
Dipl. – Ing. Lepelmann weist darauf hin, dass laut Planfeststellungsbeschluss zum Mainausbau vom Oktober 2006 die Anlegestelle an gleichem Ort bestehen bleibe. Zu-

dem seien Abstimmungsarbeiten mit den Fachbehörden ebenfalls Bestandteil des Auftrag.

B. **Mit 9 : 3 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis die Leistungen für die Entwurfsplanung (LPH 2-4) an das Büro arc grün zu vergeben als Gesamtauftrag für

   a) BA II Synagoge – Alte Mainbrücke
   b) BA III Alte Mainbrücke – Ruderhaus
   zum Gesamtpreis von 35.063,83 € inkl. NK u. MWSt

   Die Planungen sind so rechtzeitig vorzulegen, dass sie vor der Sommerpause als Grundlage für die Zuschussanträge an die Reg. v. Ufr. (Städtebauförderung) zur Verfügung stehen. Der Stadtrat behält sich getrennte Umsetzung vor.

3. Die Planungskosten sind im HH 2007 zu veranschlagen.
4. Eine Auftragsvergabe erfolgt erst nach vorliegen des Zuschussbescheides der Regierung von Unterfranken.

C. Stadtrat Müller gibt zu Protokoll, dass er nicht gegen die Maßnahme an sich, sondern aufgrund der dürftigen Informationen im Vorfeld dagegen gestimmt habe.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 20.50 Uhr.

Oberbürgermeister
gez.
Moser

Protokollführer
gez.
Müller